

Liberale Politik für Hamburg statt schwarz-grüner Machterhalt

(beschlossen am 05. Oktober 2008 durch den 82. Landesparteitag)

Einleitung

Mit ihrem Wahlprogramm „Die Freie Stadt“ hat die Hamburger FDP den Bürgern unserer Stadt ein Angebot freiheitlicher Politik gemacht. Diese Politik ist nötiger denn je, wo der Schaden realer schwarz-grüner Politik bereits nach wenigen Monaten deutlich wird.

Unter klarem Bruch früherer Wahlversprechen („über das Gymnasium rede ich gar nicht“ von Beust) hat die CDU die früher hanseatische Politik in Hamburg grüner Ideologie ausgeliefert. Es wurde eine Koalitionsvereinbarung abgeschlossen. Die Zukunft Hamburgs als Wirtschaftsmetropole, als Bildungsstandort, als Hort freiheitlicher Politik wird in Frage gestellt. Die Gegenwart wird mit einer durch und durch unsoliden Finanzpolitik verspielt. Nachfolgenden Generationen werden leichtfertig die Lasten aufgebürdet.

Hanseatische Tugenden –

Verlässlichkeit und Berechenbarkeit für den Wirtschaftsstandort Hamburg

Die FDP Hamburg steht weiterhin zu den alten bewährten, hanseatisch-kaufmännischen Tugenden wie Verlässlichkeit und Berechenbarkeit. Dieser Vertrauensschutz ist das Fundament für alle Bürger, selbstständige Mittelständler und große Unternehmen, am Wirtschaftsstandort Hamburg zu investieren. Der „Masterplan Industrie“ sollte ein solcher fester Rahmen für weitere Investitionen und Neuansiedlungen sein. Dieser ist jedoch in einem seiner Kernbereiche, nämlich der Energieversorgung, Makulatur geworden. Es geht hier mehr als um die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit einer Landesregierung.

Geheimabsprachen zerstören die Tugend der Glaubwürdigkeit des Handelns des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg und sind Gift für die weitere Investitionsbereitschaft.

Die Vertrauen zersetzende Handlungskette des CDU-GAL-Senats an den Beispielen Kraftwerk Moorburg und Hafenuerspange zeigt, dass die Hamburger Politik sich weit von den Tischen der Entscheidungsträger entfernt hat. Das ursprünglich zusammen mit der FDP an der Regierung entwickelte Leitbild „Wachsende Stadt“ ist vollständig zum Stillstand gekommen. Die Wirtschaft braucht Planungssicherheit für Investitionen für einen Zeitraum, in welchem sich die Investitionen mindestens amortisieren. Liberale Politik schaut deshalb weit über den Tellerrand einer Legislaturperiode hinaus.

Energie und Umwelt

Energiepolitik kann nach Ansicht der FDP Hamburg nicht allein in den engen Stadtgrenzen Hamburgs betrieben, sondern muss im regionalen Kontext von Norddeutschland gesehen werden. Dabei muss sich die Energieversorgung gleichermaßen an den Zielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit orientieren.

Wirtschaftlichkeit muss durch mehr Wettbewerb und die Verhütung von Monopol- und Oligopolstellungen auf dem Energiemarkt erreicht werden. Die Wirtschaftsmetropole Hamburg braucht günstige und konkurrenzfähige Energie. Das gilt im besonderen Maße für die energieintensiven Industriebetriebe wie die Norddeutsche Affinerie, die Stahlwerke und die Trimet-Aluminiumwerke, aber auch für die mittelständische Industrie.

Klimaschutz ist eine der zu beachtenden Rahmenbedingungen. Hamburg braucht eine integrierte Energie- und Klimastrategie und nicht das bürokratische Sammelsurium von Einzelmaßnahmen des jetzigen Senats, deren Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wie die Kostenbelastungen für Haushalte völlig nebulös erscheinen.

Die FDP Hamburg ist für möglichst schnell umzusetzende und effiziente Klimaschutzmaßnahmen. Investitionen in Klimaschutz müssen dabei global betrachtet und an ihrer Effizienz gemessen werden.

Solange wirtschaftliche Verfahren für grundlastfähige erneuerbare Energien und CO₂-reduzierte Kohleverstromung nicht zur Verfügung stehen, bleibt eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke für den Klimaschutz notwendig. Anders sind die hohen Klimaschutzziele im kommenden Jahrzehnt nicht zu verwirklichen.

Die FDP Hamburg befürwortet die Errichtung eines Kraftwerks in Moorburg.

Dieses Kraftwerk wurde in dieser Dimension vom alten CDU-Senat zur Versorgung der Hamburger Wirtschaft mit preisgünstiger Energie gefordert und ist wirtschaftspolitisch dringend erforderlich.

Ein Ausbau des Fernwärmenetzes in Hamburg ist auch klimapolitisch wünschenswert: Moorburg ist dafür der ideale Kraftwerkstandort. Unter den gegebenen Klimaschutz-, energie-, wirtschafts- und arbeitsplatzpolitischen Rahmenbedingungen sind die Planungen für ein modernes Steinkohlekraftwerk ein ausgewogener Kompromiss. Das alte und umweltschädliche Kraftwerk Wedel muss ersetzt werden.

Die vorgeschriebenen Umweltstandards (Luftreinhaltung, Gewässergüte) für das geplante Kraftwerk müssen selbstverständlich eingehalten werden. Die wasserrechtlichen Auflagen in der Genehmigung vom 30. September 2008 erscheinen aber in ihrem Ausmaß nicht allein durch sachgerechte Überlegungen begründet. Die FDP Hamburg lehnt es demgegenüber entschieden ab, überhöhte umweltpolitische Auflagen als Schikane gegen aus ideologischen Gründen unerwünschte Unternehmen zu benutzen. Notwendig ist ein sinnvoller Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie. Sonst müssen Verbraucher und Industrie die unnötig hohen Strompreise zahlen. Die FDP Hamburg begrüßt aber die geplante Fischtreppe am Wehr Geesthacht als eine geeignete Ausgleichsmaßnahme für Beeinträchtigungen der Fischpopulation, sofern an dieser Stelle kein Wasserkraftwerk errichtet wird. Dieses wäre in der Tat umweltpolitisch verheerend und energiepolitisch von marginaler Bedeutung.

Der Aufbau von kommunalen Stadtwerken ist vor dem Hintergrund der HEW-Privatisierung (durch Rot-Grün) ein widersinniger Schritt zurück in die Vergangenheit. Darüber hinaus wäre eine solche Maßnahme finanzpolitisch völlig unverantwortlich.

Bildung

Die FDP Hamburg will statt neuer Schulstrukturen, weniger Bildungsbürokratie und Reformen neu denken – und zwar von den Schulen aus. Reformen müssen von Eltern, Lehrern und Schülern in den Schulen getragen werden, denn auf ihre Mitarbeit kommt es an. Schulen, die Freude machen und die zur Mitarbeit motivieren, fördern eine eigene Kultur und eine eigene Identität unabhängig von jeder Strukturdebatte.

Die FDP Hamburg steht für die Eigenständigkeit der Schulen, die die volle Budget- und Personalverantwortung der Schule überträgt. Hierzu bedarf es des Ausstiegs aus der Verbeamtung der Lehrer, einer befähigten Schulleitung auf Zeit und eines fairen Wettbewerbs zwischen staatlichen Schulen und Schulen in privater Trägerschaft mit klaren, entbürokratisierten Rahmenbedingungen, verlässlichen Kontrollmechanismen und einem guten Qualitätsmanagement. Mit dem Abbau von bürokratischen Strukturen werden praxisnahe Entscheidungen ermöglicht.

Elternwahlrecht und Gymnasien erhalten

Zum Wettbewerb gehört das Elternwahlrecht. Eltern sollen die Schule ihrer Kinder unabhängig vom Wohnort frei wählen können. Die Entscheidungsfreiheit der Eltern, auf welche Schule nach der 4. Klasse ihre Kinder gehen sollen, muss gewahrt bleiben. Die beabsichtigte staatliche Lenkung und Regionalisierung macht das Gegenteil.

Die FDP Hamburg lehnt die flächendeckende Einführung der sechsjährigen Grundschule ab.

Wir wollen die grundständigen Gymnasien erhalten und weiterentwickeln.

Der staatliche Eingriff durch eine ideologische Bildungspolitik ist ein Irrweg und hat in Hamburg Tradition – genau deshalb geben die Hamburger im Vergleich mit anderen Bundesländern auch mehr Geld aus und bekommen weniger Bildungsqualität. Hamburg ist eine Stadt der Vielfalt und Toleranz, dazu gehören auch vielfältige und durchlässige Bildungsangebote.

Hafenverkehr

Der Hamburger Hafen ist das Herz und der Motor der Hamburger Wirtschaft. Es ist unabdingbar, ihn für die Zukunft fit zu machen, damit der Hamburger Hafen seine internationale Stellung behaupten und ausbauen kann. Die Fahrrinnenanpassung der Elbe ist dabei nur ein notwendiger Schritt. Wenn Hamburg nicht das Schicksal Rotterdams teilen, sondern weiter am Containerboom partizipieren soll, ist es unbedingt notwendig, die Hafenverkehre neu zu organisieren und auszubauen. Hamburgs Wirtschaftsbehörde hat hier durch ihre bereits mehrjährige Untätigkeit die Entwicklung verschlafen. Die Hafenuerspanne ist kein Projekt der nächsten 20 Jahre, sondern wird sofort benötigt. Gleiches gilt für die Modernisierung der maroden Hafenbahn.

Schiene

Die Übernahme der Hafenbahn durch die Hochbahn wird abgelehnt. Das ist nicht ihre Aufgabe. Es geht nicht, die Hamburger Bürger über die Tarife für Aufgaben der Hafenbahn heranzuziehen. Die Schienenquerung der Süderelbe im westlichen Hafen muss straßenunabhängig hergestellt werden. Der Senat hat die dringend erforderlichen Mittel für die Hafenbahnsanierung in Höhe von ca. 500 Mio. Euro diese Mittel ordnungspolitisch korrekt in den Haushalt einzustellen, alternativ über Kapitalaufstockung erforderliche Mittel zu beschaffen, und neue Schulden nicht in einem Schattenhaushalt zu verstecken.

Straße

Die Hafenuerspanne ist mit einer nördlich von Wilhelmsburg verlaufenden Trasse ohne weitere Verzögerungen herzustellen. Diese hat auf die besonderen städtebaulichen Anforderungen Wilhelmsburgs Rücksicht zu nehmen. Die vom CDU Senat zu verantwortende Verzögerung von mittlerweile 5 Jahren für die Realisierung der Hafenuerspanne führt zu einer gravierenden Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Hafens Hamburg. Die geplante Südtrasse ist abzulehnen, da sie erhebliche Umwege mit sich bringen würde, und vitale Interessen des Wohngebietes Kirchdorf Süd betroffen sind. Die dringend erforderliche Entlastungswirkung des Ost-West-Verkehrs in der Stadt (z.B. Stresemannstraße) wird durch die Süd-Trasse nicht eintreten. Die Entlastung des Hafenverkehrs muss auch durch Binnenschiffe (Containertaxi) ermöglicht werden.

Haushalt und Finanzen

Die FDP will ein qualifiziertes Neuverschuldungsverbot in der Hamburger Verfassung durchsetzen. Dadurch würde nicht nur ein nachhaltig ausgeglichener Betriebshaushalt erreicht, sondern die FHH könnte mit dem Abbau des Schuldenbergs von 42 Mrd. Euro beginnen. Nur auf der Basis geordneter Finanzen kann sich Hamburg frei entfalten und seinen vielfältigen Aufgaben in der Bildungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik dauerhaft und verlässlich nachkommen.

Der schwarz-grüne Senat hat zunächst einmal eine Anzahl Wunschprojekten auf den Tisch gelegt. Dazu kommen noch erhebliche zu erwartende Planüberschreitungen, die den öffentlichen Haushalt belasten werden.

Auf 800 Millionen Euro Mehrausgaben für so manche Wohltaten hat man sich geeinigt. Und das Leuchtturmprojekt Elbphilharmonie brennt ein Feuerwerk an immer höheren Baukosten ab. Keiner darf sich wundern, wenn aus den anfänglichen 187 Millionen Euro 500 Millionen Euro werden, denn heute liegen die Planungen bereits über 340 Millionen Euro, Ausgang ungewiss. Die Rücklagen sind aufgezehrt. Selbst Finanzexperten der Koalition räumen ein, dass von einem ausgeglichenen Haushalt keine Rede sein kann. Der Hamburger Haushalt sieht für das Jahr 2009 Ausgaben in Höhe von 10,7 Milliarden Euro vor. Angeblich ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden. Das diese Mehraufwendungen ohne neue Schulden zu schultern sind ist mehr als fraglich.

Schattenhaushalte werden aufgestellt, Beteiligungsfirmen der Stadt werden zur Schuldenaufnahme getrieben wie GWG, HPA, Hochbahn etc., Schulden, die letztendlich der Steuerzahler bezahlen muss. Vergeblich hat der Bund der Steuerzahler mehr Transparenz der Beteiligungsberichte gefordert. Hier hat der Senat alle Trümpfe in der Hand, Mogelpackungen zu verheimlichen. Das ist unsolide Haushaltspolitik.

Bisher hat der Senat die bereits für September zugesagte Vorlage des Jahresabschlusses 2007 nach neuer Rechnungslegung für die FHH nicht geleistet. Auch der für die Zukunft besonders wichtige, erstmalig zu erstellende Konzernabschluss 2007 ist auf November verschoben worden. Ohne diese Berichte, die von der FDP in der vorletzten Legislaturperiode eingeführt wurden, sind die Planungen des kommenden Doppelhaushalts 2009/10 nicht überprüfbar.

Die geplanten Verlagerung von staatlichen Aufgaben, wie der Hafenausbau, die Sanierung der Hafentouristik, die Sanierung von Schulgebäuden in Körperschaften des öffentlichen Rechts oder

Beteiligungsgesellschaften ohne die konsolidierte Rechnungslegung nimmt nicht nur dem Parlament den Einfluss auf die wichtige Projekte sondern zeigt nicht das wahre Bild der Haushaltsführung.

Als Ausgleich für nicht gedeckte Ausgaben soll die Grunderwerbsteuer erhöht werden, um 70 Millionen Mehreinnahmen zu haben. Das trifft die fleißigen und sparsamen Bürger, die sich Grundeigentum anschaffen wollen und jetzt in den Speckgürtel vertrieben werden. Das ist der Abschied von der „Wachsenden Stadt“ und treibt auch Investoren ins Umland.

Die FDP erwartet, dass der erst im Februar nächsten Jahres vorgelegte Doppelhaushalt, wieder einmal auf Kante gearbeitet wurde. Das ist gerade in Zeiten der konjunkturellen Unsicherheit nicht akzeptabel. In Zeiten des Überflusses wurde nicht gespart und in Zeiten des Mangels kann nicht gespart werden. Der Bürger muss die Differenz ausgleichen.

Die Hamburger FDP distanziert sich deutlich von der schwarz-grünen CDU-Politik.